

Erklärung Spaniens, Brasiliens, Chiles, Kolumbiens, Mexikos und Uruguays zu den Ereignissen in Venezuela

Das Ministerpräsidentenamt – 4.1.2026

Die Regierungen der unterzeichnenden Länder bekräftigen, dass die Lage in Venezuela ausschließlich auf friedlichem Wege, durch Dialog, Verhandlungen und unter Achtung des Willens des venezolanischen Volkes in jeder Form, ohne Einmischung von außen und unter Einhaltung des Völkerrechts gelöst werden muss.

Angesichts der Schwere der Ereignisse in Venezuela und unter Bekräftigung ihrer Verbundenheit mit den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätzen bringen die Regierungen Spaniens, Brasiliens, Chiles, Kolumbiens, Mexikos und Uruguays gemeinsam folgende Standpunkte zum Ausdruck:

1. Wir bringen unsere tiefe Besorgnis und Ablehnung gegenüber den einseitig durchgeführten Militäraktionen auf venezolanischem Territorium zum Ausdruck, die gegen grundlegende Prinzipien des Völkerrechts verstoßen, insbesondere gegen das Verbot der Androhung und Anwendung von Gewalt sowie gegen die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten, die in der Charta der Vereinten Nationen verankert sind. Diese Maßnahmen stellen einen äußerst gefährlichen Präzedenzfall für den Frieden und die regionale Sicherheit dar und gefährden die Zivilbevölkerung.
2. Wir betonen erneut, dass die Situation in Venezuela ausschließlich auf friedlichem Wege, durch Dialog, Verhandlungen und die Achtung des Willens des venezolanischen Volkes in jeder Form, ohne Einmischung von außen und unter Einhaltung des Völkerrechts gelöst werden muss. Wir bekräftigen, dass nur ein inklusiver politischer Prozess unter der Führung der Venezolanerinnen und Venezolaner zu einer demokratischen und nachhaltigen Lösung unter Beachtung der Menschenwürde führen kann.
3. Wir bekräftigen den Charakter Lateinamerikas und der Karibik als Zone des Friedens, die auf gegenseitigem Respekt, friedlicher Beilegung von Streitigkeiten und Nichteinmischung beruht, und rufen zu regionaler Einheit über politische Differenzen hinweg auf, um jeglichen Handlungen entgegenzutreten, die die regionale Stabilität gefährden. Ebenso fordern wir den Generalsekretär der Vereinten Nationen und die Mitgliedstaaten der einschlägigen multilateralen Organisationen auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um zur Deeskalation der Spannungen und zur Wahrung des regionalen Friedens beizutragen.
4. Wir bringen unsere Besorgnis über jeden Versuch der staatlichen Kontrolle, Verwaltung oder externen Aneignung natürlicher oder strategischer Ressourcen zum Ausdruck, der mit dem Völkerrecht unvereinbar ist und die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität der Region gefährdet.

Die Unterzeichnerstaaten:

- Brasilien
- Chile
- Kolumbien
- Spanien
- Mexiko
- Uruguay

Quelle: <https://www.lamoncloa.gob.es/serviciosdeprensa/notasprensa/presidencia/Paginas/index.aspx>

Übersetzt mit DeepL.com